

09.060 – Volksinitiative für die Ausschaffung krimineller Ausländer

Eintretensdebatte / Votum zum Einzelantrag Maissen

Frau Präsidentin
Frau Bundesrätin
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Einmal mehr steht die Stellungnahme unseres Rates zu einer Volksinitiative mit Brisanz zur Diskussion in unserem Rate. Volksinitiativen haben eigentlich ja immer eine gewisse Brisanz. Immerhin haben jeweils mehr als 100'000 Menschen mit ihrer Unterschrift zum Ausdruck gebracht, was sie direkt oder indirekt beschäftigt oder beunruhigt. Es ist somit eine Uebermittlung eines Gefühls von unten nach oben, also aus dem Volk zum Gesetzgeber bzw. zur politischen Behörde. Das Instrument der Initiative ist für eine funktionierende und direkte Demokratie, wie es die Schweiz darstellt, ist deshalb für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes dasjenige Mittel, mit dem sie direkt in unser Staatswesen als solches und in die Verfassung im Besonderen, eingreifen können.

Der Entscheid des Souveräns als direkten Ausdruck des Volkswillens ist zu respektieren, auch dann, wenn er dem persönlichen Willen und der persönlichen Meinung widerspricht. Er ist aus meiner Sicht nicht zu kommentieren oder zu bemängeln sondern schlicht und einfach umzusetzen. Die persönliche Willenskundgebung hat im Vorfeld einer Abstimmung zu geschehen. Verletzen wir diesen politischen Grundsatz, so missachten wir den Mehrheitsentscheid des Stimmbürgers und den Respekt gegenüber dem Souverän. Gerade eine solche Respektlosigkeit

untergräbt das Fundament unseres schweizerischen Demokratieverständnisses und rüttelt an den Grundwerten unserer schweizerischen Rechtsordnung. Das geflügelte Wort „Völkerrecht“ gibt ja im Grundsatz klar zum Ausdruck, dass es sich hier um ein Recht des Volkes handelt und nicht um ein Recht von Rechtsgelehrten, sei dies auf nationaler oder internationaler Ebene. Seien wir uns also bewusst, dass gerade dieses Recht des Volkes in unserem direktdemokratischen System ein noch wichtigeres Faktum ist als in einer parlamentarischen Demokratie. Von einer Monarchie oder gar einem diktatorischen System ganz zu schweigen.

Und gerade diese Tatsache müssen wir uns bei der Behandlung von Volksinitiativen und deren allfälligen Umsetzungen klar vor Augen führen.

Die heute zur Diskussion stehende Volksinitiative ist meines Erachtens ein Beispiel par Excellence, wie ein im Volks schon seit langer Zeit brodelndes Problem auf das Parkett der politischen Bühne gebracht wurde. Die Vergangenheit zeigt klar auf, dass immer wieder ausländische Bewohner unseres Landes unsere Rechtsordnung missachten, ihr Aufenthalts- bzw. Gastrecht in unserem Lande missbrauchen und strafrechtliche Tatbestände begehen und die Sicherheit in Städten und Dörfern in immer zunehmendem Masse beeinträchtigen. Viele Menschen fühlen sich bedroht und in ihrem freiheitlichen Handeln beeinträchtigt. Erinnern wir uns doch, dass räuberische Delikte wie

- ❖ **Einbrüche, Raub, Ueberfälle auf Personen im Freien oder in Zügen**
- ❖ **Drogen- und Menschenhandel**
- ❖ **organisierte Kriminalität und bandenmässige Raubzüge**

in den vergangenen Jahren stetig zugenommen haben und ein Ausmass erreicht hat, das zu diesem Druck von unten auf die Politik geführt hat. Dabei nützt es überhaupt nichts, wenn die Politik in Versuchen der Beruhigung verharrt. Visuell sichtbare Straffmasse und ein konsequentes Handeln ist und wird gefordert. Als Gesetzgeber haben wir dafür zu sorgen, dass sich unsere Bevölkerung sicher, sie sich ernst genommen und respektiert fühlt. Wir haben also dafür zu sorgen, dass die Menschen in diesem Lande in Freiheit und Sicherheit leben kann. Das gehört auch die uneingeschränkte Durchsetzung unserer Rechtsordnung von der Strafsetzung bis hin zum Vollzug. Diesem Rechtsverständnis hat sich auch die Judikative zu unterziehen. Machen wir das nicht, so verlieren wir den Respekt unseres Wahlorgans und somit die Legitimation als parlamentarische Vertretung unseres Volkes. Nehmen wir also unsere Aufgabe als Vertreter des Volkes und der Kantone sehr ernst und uns nicht so wichtig.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, diese Volksinitiative wurde von über 210'000 Menschen in diesem Lande unterzeichnet. Menschen, die wie die Initianten der Meinung sind, dass ausländische Straftäter die

- **vorsätzliche Tötungsdelikte**
- **Vergewaltigung oder andere schwere Sexualdelikte**
- **Gewaltdelikte wie Raub und Einbrüche**
- **Menschen- und Drogenhandel oder**
- **Missbräuche auf unsere Sozialsysteme (setzt ja meistens ein betrügerisches Handeln voraus)**

begangen haben, nach Absolvierung ihrer Strafe das Gastrecht unseres Landes verwirkt und deshalb unser Land während einer gewissen Zeit oder für immer zu verlassen haben.

- Ist denn diese verfassungsmässige Forderung so abstrus?
- Würden wir einer Person weiterhin ein privates Gastrecht gewähren, die uns bedroht, beraubt, missbraucht und betrogen hat, weiterhin Gastrecht in unserem Haus oder unserer Wohnung gewähren?
- Ist es denn so abwegig, dass wir uns von solchen Menschen trennen und sie dorthin schicken, von wo sie gekommen sind?

Ich bin der festen Ueberzeugung, dass diese Massnahmen bei derartigen Delikten verantwortbar und Ausdruck davon ist, dass friedlebende Menschen ausländischer Herkunft in unserem Rechtsstaat respektiert und akzeptiert sind, solange sie sich an unsere Rechts- und Gesellschaftsordnung halten und diese voll und ganz respektieren. Denn daran führt kein Weg vorbei. Und für diejenigen, die glauben sich nicht daran halten zu müssen, soll es künftig in diesem Land keinen Platz mehr haben. So einfach ist die Geschichte.

Der Bundesrat und die Kommission unterbreitet nun dem Parlament einen Gegenvorschlag zu diesen Ausschaffungsinitiative. Das ist sein gutes und verfassungsmässiges Recht und es ist unser Recht als Parlamentarier diesen anzunehmen oder abzulehnen. Wir werden darüber nun dann noch im Detail zu debattieren haben.

Vorgängig ist jedoch durch den vorliegenden Einzelantrag Maissen zu entscheiden, ob wir diese Initiative als gültig oder ungültig zu erklären haben. Herr Kollege Maissen, ich habe Mühe ihr Verständnis von schweizerischer Demokratie zu verstehen. Sie setzen internationales und abstraktes Völkerrecht, das niemand so richtig versteht und dem eigentlich niemand so richtig verpflichtet und verantwortlich ist, über das Recht unsers Volkes. Internationales Völkerrecht verstehen vielleicht auf diesem Gebiete sich bewegende Staatsrechtler und Diplomaten. Die Bevölkerung unseres Landes und somit der oberste Gesetzgeber und Souverän versteht jedenfalls nicht, warum man derartig kriminelle Ausländer nicht unseres Landes verwiesen werden können sollen und somit noch den internationalen Rechtsschutz geniessen. Das gilt insbesondere auch für die Gesetzeshüter wie z.B. Polizisten, die oft auch unter dem Einsatz ihres persönlichen Lebens und Integrität, unserer Rechtsordnung zum Durchbruch verhelfen sollen.

Das Volks, das uns in diese beiden Kammern unseres Parlamentes vor zwei Jahren gewählt und entsandt hat, hat vor gut 10 Tagen und insbesondere vor rund vier Monaten einen für die meisten überraschenden Entscheid getroffen und dem Parlament Lektionen erteilt, die wir ernst nehmen und respektieren sollten. Wer das nicht macht hat die Lektion nicht verstanden und zeichnet dafür verantwortlich, wenn

der Unmut in der Bevölkerung immer grösser und radikaler wird. Ich habe kein Verständnis für derartige parlamentarische Bevormundungen des Volkes resp. derjenigen 210'000 Menschen die diese Initiative unterzeichnet haben, wie es der Einzelantrag Maissen mit der Ungültigkeitserklärung vorsieht. Wer einen solchen Antrag stellt oder unterstützt hat die Lektion der Mehrheit des Volkes noch nicht verstanden und muss sich nicht wundern, wenn ihn das Volk nicht mehr versteht.

Ich bitte sie deshalb, geschätzte Kolleginnen und Kollegen den Respekt vor diesen Menschen zu wahren und den Einzelantrag Maissen in aller Deutlichkeit abzulehnen. Lassen wir unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger darüber entscheiden ob sie die Initiative oder den Gegenvorschlag annehmen oder ablehnen will. Wir sind Vertreter und nicht Vormund dieses Volkes. Das gilt es zu beachten und nicht mehr oder weniger.